



Im Vordergrund des Gesprächs standen die Arbeitsmarktsituation in der Region, die Probleme der Menschen in prekärer Beschäftigung und die Absicherung der geringfügig Beschäftigten im Alter. Mit dem Bundestagsabgeordneten Stephan Stracke (2. von links) diskutierten Ludwin Dehong (DGB, Mitte), Werner Rößl (Verdi, links), Claudia Weidler (NGG, 2. von rechts) und Verdi-Praktikantin Selina Rößl (rechts).

Foto: BfRo Stracke

Sorge um die Absicherung

Prekärere Beschäftigung CSU-Abgeordneter Stracke im Gespräch mit Gewerkschaftsvertretern

Kaufbeuren/Ostallgäu Zum Gedankenaustausch traf sich der Allgäuer Bundestagsabgeordnete Stephan Stracke (CSU) mit Vertretern der Gewerkschaften DGB, NGG und Verdi. Im Zentrum des Gesprächs standen die Absicherung der Menschen in prekärer Beschäftigung vor allem in Gastronomie und Einzelhandel sowie der Schutz vor drohender Altersarmut.

Der Abgeordnete, der zugleich arbeitsmarktpolitischer Sprecher der CSU im Bundestag ist, hatte das Treffen initiiert, um aus erster Hand zu erfahren, was die Gewerkschaften im Allgäu derzeit am meisten umtreibt.

Gerade Teilzeitbeschäftigungen, Minijobs, Leiharbeit und der Fachkräftemangel in der Gastronomie werden die Gewerkschaften nach eigener Einschätzung auch nach der Krise noch lange beschäftigen. Bis in den Februar hinein war die Arbeitsmarktsituation im Allgäu mit sehr geringer Arbeitslosenquote nach Aussage von DGB-Kreisvorsitzendem Ludwin Dehong noch sehr gut.

Ob die Sofortmaßnahmen des Bundes zur Arbeitsplatzsicherung gewirkt haben, werde nun erst die Zeit nach den Kontaktbeschränkungen zeigen.

Mit Sorge betrachtet die regionale die Chefin der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, Claudia Weidler, die Situation in der Gastronomie und der Systemgastronomie. In dieser Branche war die Arbeit allgemein auch schon vor den Corona-Maßnahmen als prekär eingestuft worden. Geringe Entlohnungen seien hier üblich, auch Überstunden würden häufig nicht bezahlt. Der spürbare Fachkräftemangel in diesem Bereich sei hausgemacht. Ähnlich sorgenvoll sehe man seitens der NGG die Arbeit in der Lebensmittelindustrie und in der Landwirtschaft.

Von der Schwierigkeit, Betriebsräte einzurichten, berichtete Verdi-Vorsitzender Werner Rößl. Dies könne häufig nur im Vorborgenen geschehen. Ferner erlebe gerade der Handel eine spürbare Tariflücke. Unternehmen, die ihre Mitarbeiter

nach Tarif entlohnten, hätten es immer schwerer, erklärte er. Es überwiege in dieser Branche die Anzahl der geringfügig Beschäftigten, die teils unter dem Mindestlohn verdienen und denen kein Urlaubsanspruch zugestanden werde. „Wer einen Sozialstaat möchte, der muss die Tarifbindung fördern. Damit würde sich auch der Druck auf alle Arbeitgeber verringern, die sich korrekt verhalten und nach Tarif zahlen“, betonte er. Gerade Kommunen sollten bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen auf die Tarifbindung bei den Unternehmen achten, denen sie den Zuschlag gewähren, forderte Dehong in diesem Zusammenhang.

Grundrente gegen Altersarmut

Einig waren sich die Gesprächspartner, dass die im Koalitionsvertrag beschlossene Grundrente ein probates Mittel darstellt, um drohender Altersarmut bei Menschen mit geringem Einkommen entgegenzuwirken. „Der Union ist es wichtig, dass die Grundrente nur denjenigen

Menschen zugutekommt, die auf eine finanzielle Unterstützung auch wirklich angewiesen sind. Milliardenschwere Mitnahmeeffekte für Menschen, die über weitere Einkünfte verfügen oder über den Ehepartner abgesichert sind, sind mit uns nicht zu machen. Deshalb haben wir eine umfassende Einkommensprüfung durchgesetzt“, erklärte Stracke.

Der Verwaltungsaufwand für die Rentenversicherung müsse so gering wie möglich gehalten werden, betonte der Abgeordnete. Er begrüßte, dass die Grundrente vollständig über Steuern finanziert werden soll. „Ich erwarte von Bundesfinanzminister Olaf Scholz endlich die Vorlage eines substanzialen Finanzierungsvorschlages, nicht zuletzt mit Blick auf die milliardenschweren Soforthüllen zur Bewältigung der Corona-Krise. Eine Zustimmung zur Grundrente im Deutschen Bundestag wird es nur geben, wenn auch ein langfristig stabiles Finanzierungskonzept vorliegt“, so Stracke in einer Pressemitteilung. (az)